

Fortsetzung von Seite 1 „Krise kostet...“

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, rechnet mit **4 Millionen** Arbeitslosen Ende diesen Jahres.

Wir müssen handeln, wir brauchen einen Schutzschirm für die Menschen!

Die Welt erlebt die schwerste Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren. Millionen Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz und haben Angst vor...

der Zukunft. Die Leiharbeiter sowie die befristet Beschäftigten haben bereits mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze für diese Krise bezahlt und viele andere sollen noch zur Kasse gebeten werden. Lohndrückerei wird auf uns zu kommen. Aber das ist der falsche volkswirtschaftliche Weg! Wichtig ist gerade jetzt, das Geld in die Taschen der Arbeitnehmer fließt, sonst wird die Wirtschaft noch stärker einbrechen.

Der Niedriglohnsektor muss weg!

Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn wie er in fast ganz Europa Normalität ist. Wir brauchen Löhne von denen man vernünftig leben kann. Wir leben in einer Gesellschaft in der das Klauen von Bananen als Straftat gilt, aber das Klauen von Milliarden als Kavaliersdelikt behandelt wird.

Wir müssen jetzt für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen!

Am 05. September nach Frankfurt

Die IG-Metall ruft zum Aktionstag auf. Machen wir endlich Schluss mit der Ungerechtigkeit! In Frankfurt sitzen die Casinokapitalisten, die unsere Existenz mit ihrer Gier auf Spiel setzen. Wir müssen denen klar machen, dass wir so nicht weiter mit uns umspringen lassen. Wir fordern deutliche Korrekturen an diesem System, wir fordern eine Politik für die Menschen und nicht für den Profit! Deswegen meldet Euch bei Euren Vertrauensleuten und Euren Betriebsräten an und fahrt mit nach Frankfurt!

Anmelden könnt ihr euch auch über das beigelegte Flugblatt! Abgabe der Listen bei eurem örtlichen BR oder der VKL!

Sudoku

leicht				schwer			
6		9	2	1			7
3	7					6	5
				7		4	3
			3			1	
	9	6	8		5		8
		8	1	1	8	5	2
4	1	8			4	2	
			3				1
9	8	6	3	3		2	6
				9		1	
		5					4
3	5	9		4		3	
			7				1
			8				

Die Lösungen findet ihr auf der Intranetseite des BR SZFG

Bildungsecke

Für dieses Jahr gibt es noch einige freie Plätze. Bei Interesse meldet euch bei euren Bildungsbeauftragten.



Termine 2009

A0-Seminare

11. - 16.10. Springe (mit Kind, nur Frauen)

18. - 23.10. Hustedt

A1-Seminare

23. - 28.08. Hustedt

04. - 09.10. Hustedt (mit Kind)

18. - 23.10. Springe

22. - 27.10. Hustedt

SZFG-Seminare

26.-20.10. WW4 + Medien (Fürstehagen)

30.11.-04.12. Hochofen + Stahlwerk (Fürstehagen)

Meckerecke

Kurzarbeit

Uns ist zu Ohren gekommen, dass einige Kolleginnen und Kollegen über den Umgang mit der Kurzarbeit meckern und das nicht zu unrecht.

In einigen Bereichen müssen die Kollegen kurzarbeiten obwohl es genug zu tun gäbe.

Andere würde gerne die Zeit für Qualifizierungsmaßnahmen oder Reparaturarbeiten nutzen doch dürfen sie es nicht.

Und niemand weiß, was ihn Ende des Jahres in Form von Steuernachzahlung erwartet.

Habt ihr Ähnliches erlebt und wollt euch mal Luft machen? Dann schreibt uns damit auch die andere erfahren wo der Schuh drückt.

Eurer Redaktionsteam



Der Stahl-Splitter

Informationen der Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei der Salzgitter Flachstahl GmbH

Krise kostet immer mehr Arbeitsplätze, kommt jetzt der Kahlschlag?

Das Schlimmste kommt noch, fürchten die Bundesbürger. Die Deutschen sind überzeugt: Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Auch im Juni fürchten 76%, dass das Schlimmste noch kommt. 57% haben Angst vor der Zukunft und Angst um ihren Arbeitsplatz.

Krise kostet massenhaft Arbeitsplätze

Die deutsche Industrie steht vor Massenentlassungen. Hier nur ein paar Beispiele der Horrormeldungen: Bei dem angeschlagenen Autozulieferer Schaeffler droht der Abbau von **5000** Stellen. Bei Thyssen Krupp sollen **2000** Arbeitsplätze Opfer der Krise werden. Der Software Konzern SAP will **350** Millionen einsparen, indem er **3000** von einst 5200 Arbeitsplätzen vernichtet.

Viele Firmen versuchen den Arbeitsplatzabbau ohne betriebsbedingte Kündigungen umzusetzen. Sozialpläne und Altersteilzeitregelungen sind die Mittel mit denen „sozialverträglich“ die Existenzen der zukünftigen Generationen plattgemacht werden.

Der Arbeitsplatzabbau wäre schon viel umfangreicher, gäbe es nicht das Mittel der Kurzarbeit um Kündigungen zu verhindern. Die IG Metall hat durchgesetzt, dass inzwischen bis zu 24 Monate kurzgearbeitet werden kann. Ohne dieses Instrument der Arbeitsmarktpolitik sähe es in Deutschland schon viel düsterer aus.

Die Autokonzerne VW, Daimler und BMW haben seit Anfang des Jahres Kurzarbeit und trotzdem schon tausende von Leiharbeitern auf die Straße gesetzt.

Eine Umfrage der Arbeitgeberverbände ergab, dass mehr als die Hälfte der niedersächsischen Industriebetriebe Entlassungen nicht mehr ausschließen. **Fortsetzung auf Seite 4**

ARBEITSMARKT

Mehr als eine Million arbeiten kurz

Von konjunkturell bedingter Kurzarbeit waren betroffen ...



1.112.000

im März 2009



29.000

im März 2008

Bundesagentur für Arbeit, Mai 2009

Für einen „Neuen Generationenvertrag“

Am 5. und 6. Mai 2009 fand in Berlin ein IG Metall Kongress mit 400 Teilnehmern und Gästen statt. Auf dem Kongress wurde ein „Rentenpolitisches Memorandum“ diskutiert.

In diesem Memorandum hat die IG Metall ihre Vorschläge und Forderungen zusammengefasst und beschrieben, wie unser Sozialsystem verändert und erneuert werden kann und muss.

Die Podiumsdiskussion, zu Beginn der Veranstaltung, befasste sich mit der Fragestellung, ob ein fairer Lastenausgleich zwischen Jung und Alt möglich ist. Das Ergebnis dieser Dis-

kussion war, dass sich *Jung und Alt nicht gegeneinander ausspielen lassen, da es keinen Interessenkonflikt gibt.*

Berthold Huber (1. Vorsitzender IGM) wies in seiner Rede darauf hin, dass die Krise auch die sozialen Sicherungssysteme bedroht. Aber er betonte, dass die Sozialversicherungen kein Ausgabenproblem haben, sondern ein Einnahmenproblem. Ursachen dafür sind u.a. die verfestigte Massenarbeitslosigkeit sinkende Realöhne, immer weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sowie das Abwandern von Besserverdienenden in die Privatversicherung.

Fortsetzung auf Seite 3

Der Kampf um einen Standort hat begonnen

Situation in der Stahlbranche am Beispiel Arcelor-Mittal

Unsere Kolleginnen und Kollegen bei EKO haben Angst. In Eisenhüttenstadt geht die Angst um. Angst um das für die Region so unglaublich wichtige Stahlwerk.

Am Anfang der Krise wurde der kleine der beiden Hochöfen abgestellt. Jetzt wird der große Ofen runtergefahren und der kleine wieder angeheizt. Das bedeutet für das Werk, dass die Produktionsauslastung bei nur noch 25% liegt. Es muss befürchtet werden, dass die Flüssigphase letztlich ganz verloren geht und somit der ganze Standort ein Opfer der Krise wird und alles den Bach runtergeht. Deswegen erzwangen die Kollegen am 15. Mai eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung in Berlin. Unter dem Motto „Heißer Stahl - heiße Herzen - heiße Kämpfe“ machten sie den Verantwortlichen klar, dass sie um Ihr Stahlwerk und um ihre Arbeitsplätze kämpfen werden. Auch eine Delegation aus Salzgitter nahm an dieser Veranstaltung teil. Ergebnis war ein Beschluss des Aufsichtsrates welcher besagt, dass die Produktion am Standort nicht dauerhaft eingestellt wird und das Ziel besteht, alle befristet



Die Kollegen der EKO kämpfen um ihre Arbeitsplätze.

stillgelegten Anlagen zukünftig weiter zu betreiben. Die notwendigen „Personellen Anpassungsmaßnahmen“ erfolgen unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Auf Deutsch heißt das Arbeitsplatzvernichtung aber sozialverträglich. Das heißt auch, dass die Kolleginnen und Kollegen in Eisenhüttenstadt durch ihren geschlossenen Widerstand einen Teilerfolg erreicht haben, aber der Kampf um Arbeitsplätze weitergehen wird. Dieser kleine Bericht macht deutlich, dass auch wir hier in Salzgitter nicht sicher sind.

Wenn eine Bastion fällt, beginnt der Kahlschlag

Wenn an einem Standort der Stahlindustrie betriebsbedingte Kündigungen Realität werden oder sogar ganze Standorte platt gemacht werden, so wird das nicht ohne Konsequenz für die anderen bleiben. Es besteht die Gefahr, dass die Stahlarbeiter untereinander ausgespielt werden. Man wird versuchen uns mit dem Argument der

Konkurrenzfähigkeit zu erpressen.

Solidarität ist unsere Stärke

Unsere Arbeitsplätze und unsere Werke sind unsere Existenz. Jeder verlorene Arbeitsplatz und jede Kündigung in der Stahlindustrie macht uns erpressbarer. Auf dem Papier gehören die Hochöfen, Stahlwerke und Walzwerke vielleicht den Aktionären, im Herzen gehören sie uns! Denn uns geht es nicht um kurzfristige Renditen, für uns geht es darum, unsere Familien zu ernähren und unsere Existenzen zu sichern. Das gilt für uns hier in Salzgitter genauso wie für die Stahlarbeiter in Eisenhüttenstadt. Deshalb dürfen wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen! Ohne Solidarität wird es schwierig. Wenn jeder alleine kämpft hat er keine Chance.

Nur gemeinsam und wachsam werden wir diese Krise durchstehen.

Bericht zur Situation bei ThyssenKrupp siehe *mittendrin* 6/2009

Fortsetzung „Für einen „Neuen Generationenvertrag“ Fortsetzung

Langfristig sei die Rente mit 67 unsozial und wird zu einer massiven Erhöhung der Altersarmut führen. „Die Rente mit 67 muss weg!“ forderte Huber daher. Hans-Jürgen Urban stellte das Rentenpolitische Memorandum der IG Metall vor. Er hob hervor, dass es gerade in der Krise wichtig sei über Alterssicherung zu sprechen. Er erinnerte an die Rentenpolitik der letzten Jahre, die die Leistungen gesenkt und die Altersgrenzen angehoben hat sowie die Beiträge der Arbeitgeber gedrosselt und Teile der Alterssicherung privatisiert hat.

Die Folge dieser Politik wird ein Absenken der Bruttorenten bis 2030 von 52% auf 42% sein. Dies bedeutet Altersarmut für weite Teile der Bevölkerung. Urban machte klar, dass wir eine sozialstaatliche Erneuerung brauchen. Arbeitgeber und Staat müssen stärker in die Finanzierung einbezogen werden.

Das Rentensystem muss zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden. Ziel muss sein, möglichst alle mit einzubeziehen, d.h. vor allem Besserverdienende wie Selbstständige

und Beamte. Um die Altersabsicherung auf breitere Beine zu stellen und somit sicherer zu machen. („Fünf-Punkte-Programm für einen Neuen Generationenvertrag“ siehe Kasten).

Um einen flexiblen Ausstieg für ältere Beschäftigte zu ermöglichen, forderte die IG Metall ein zunächst auf fünf Jahre befristetes „Sofortpaket Beschäftigungsbrücke“.

In diesem Paket soll ein abschlagsfreier Rentenzugang nach 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr ermöglicht werden. Die beginnende Anhebung der Altersgrenzen ab 2012 soll ausgesetzt werden, die öffentliche Förderung der Altersteilzeit soll wiederaufgenommen werden und die Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose soll auf bis zu 36 Monate verlängert werden.

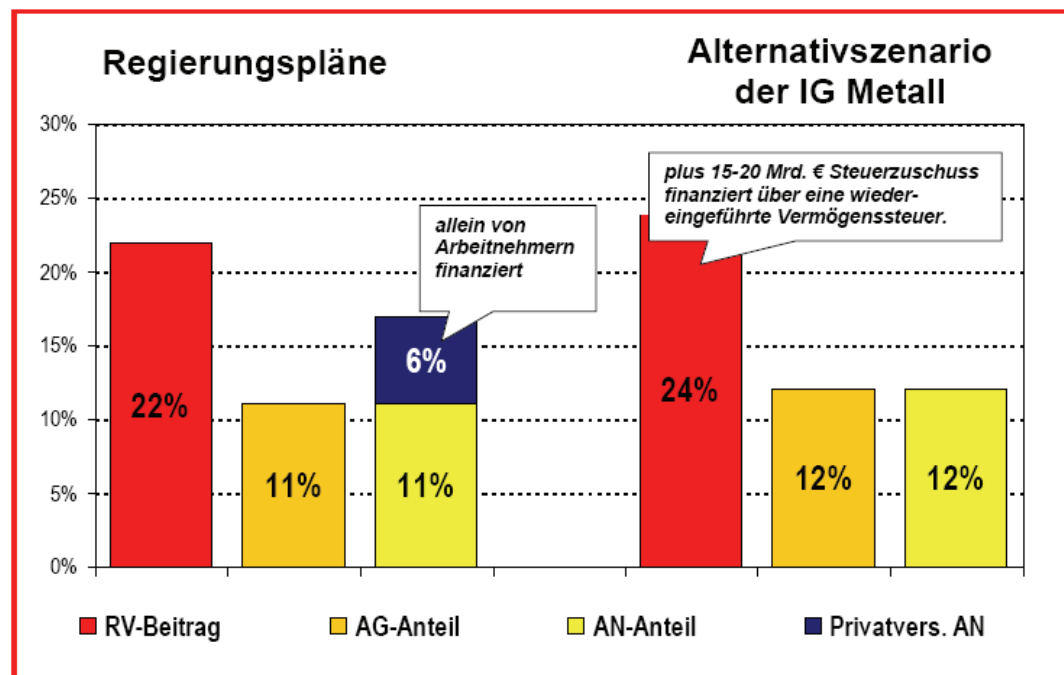
Am zweiten Tag kamen Politiker zu Wort. Sie wurden gefragt, wie sie zu dem Memorandum stehen und ob sie uns bei der Abschaffung der Rente mit 67 unterstützen.

Während Elke Ferner (SPD) und Irmgard Schewe-Gerigk (Bündnis 90/Die Grünen) keine Alternative zur Rente mit 67 sahen, meinte Peter Weiß (CDU): „Ich bin sicher, mit der Rente mit 67 sind wir auf dem richtigen Weg.“ Nur Klaus Ernst (Die Linke) sagte, dass die Rente mit 67 zurückgenommen werden muss und die Sozialkassen durch eine „neue Umverteilung“ finanziert werden müssen.



Fünf-Punkte-Programm für einen „Neuen Generationenvertrag“

- für eine solidarische Erwerbstätigenversicherung
- Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung
- Betriebsrenten für alle
- Flexibler Ausstieg vor und bis 65 Jahren ermöglichen
- Mindestlohn und Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für einen intakten Arbeitsmarkt



Mit Hilfe einer Vermögenssteuer und dem anheben der Beitragssätze der Arbeitgeber und Arbeitnehmer um 1%, kann der RV-Beitrag stabilisiert werden.

Impressum

Matthias Wilhelm (V.i.S.d.P.)
Kassierer
IG Metall Salzgitter-Peine
Chemnitzer Strasse 33
38226 Salzgitter

Redaktionsteam:
VKL SZFG Peter Gruber
(Koordination)
GruberP@Salzgitter-AG.com
Telefon: 21-2165